

Eisenerze. Sie besaß im Ersten Weltkrieg für Deutschland eher die Funktion eines Kriegsmittels, denn die eines Kriegszieles, wie Borowsky feststellt, weil es darum ging, Rußland die wichtigen Rohstoffe und Nahrungsmittel zu entziehen und sie der deutschen Wirtschaft zuzuführen. So trug die deutsche Besatzung nach dem Friedensschluß von Brest-Litovsk überwiegend den Charakter einer wirtschaftlichen Okkupation des Landes zur Sicherstellung und Eintreibung von Bodenschätzen und Getreide. Wenn eine Reihe von Historikern geneigt ist, die Kongruenz der Kriegsziele von Wirtschaftsgruppen und Reichsleitung bzw. Militärführung ganz generell zu postulieren, Borowsky hat sie zumindest bezüglich der Ukraine-Politik aufgedeckt, und als einen Beweis für diese These kann er die Tatsache anführen, daß die in Kiev tätigen Beamten des Reiches, vor allem die der Wirtschaftsdelegation, „z. T. mit der deutschen Schwerindustrie, der Bankwelt und dem Großhandel eng verbunden waren“ (S. 85). Um sich auf lange Sicht, d. h. für die Zeit nach einem allgemeinen Friedensschluß, die Reichtümer und den Markt der Ukraine nutzbar zu machen, zielte Berlin auf eine wirtschaftliche Verflechtung des jungen Staates mit dem Reich, was man vornehmlich durch eine entsprechende Währungspolitik und Kapitalabhängigkeit zu erreichen trachtete. Darüber hinaus sollte das im September 1918 geschlossene deutsch-ukrainische Wirtschaftsabkommen, wie der Autor es zu Recht interpretiert, „die Ukraine als Brückenkopf“ ausbauen, „von dem aus Deutschland auch in Großrußland maßgebenden Einfluß gewinnen“ wollte (S. 262). Dies schien um so bedeutsamer, als man vom Augenblick der sich abzeichnenden militärischen Niederlage an davon überzeugt war, das Reich müsse „seine Position in Osteuropa behaupten und ausbauen, denn der Osten werde nach dem Kriege das einzige Gebiet sein, in dem sich Deutschland wirtschaftlich und politisch noch betätigen könne“ (S. 269).

Die vorliegende Untersuchung, auf soliden Quellen aufgebaut, bietet also die Diplomatie-Geschichte erweiternde Aspekte und zeigt durch die Aufhellung der wirtschaftlichen Momente der deutschen Ukraine-Politik erst den Hintergrund, vor dem diese in der ganzen Tragweite ihrer Motive und Praxis verstanden werden kann. Auf einzelne kritische Anmerkungen zur Arbeit soll hier verzichtet werden, da sie zur Korrektur des dargestellten Sachverhaltes wenig beizutragen vermögen. Der Vf. sei aber darauf hingewiesen, daß er (auf den Seiten 43, 44, 46) die Begriffe Selbstbestimmungsrecht und Autonomie verwechselt. Während der erstere das Recht der völlig freien Selbstbestimmung der staatlichen Form und Politik ausdrückt, bezeichnet der letztere lediglich ein bestimmtes Maß an politischer Handlungsfreiheit eines staatlichen oder nationalen Teiles innerhalb eines größeren Ganzen.

Freiburg i. Br.

Hans-Erich Volkmann

William C. Fletcher: The Russian Orthodox Church Underground, 1917—1970.

Oxford University Press. London, New York, Toronto 1971. X, 314 S.

Es ist eine These der russischen Exilkirche, erklärlich aus der Emigrantentalität, daß die „wahre Kirche“ nicht in der offiziellen Institution des Moskauer Patriarchats zu finden sei, sondern im „Undergrund“. In ihrer Kanonizität vom Moskauer Patriarchat bestritten, kann die russische Exilkirche in dem Gedanken ihre Sicherheit finden, daß sie doch Millionen von Gliedern in Rußland selbst habe, die unter der gleichen Exkommunikation durch die offizielle Kirche zu leiden haben. Jetzt hat der amerikanische Spezialist für Sowjetstudien an der Kansas University, William C. Fletcher, in einer sorgfältigen Untersuchung die These von der „Kirche im Untergrund“ verifiziert. Der

Vf. erkennt an, daß die soziologische Feldforschung der Sowjetunion selber die Spitze in der Klärung illegaler Formen orthodoxen Kirchenlebens hält, vor allem in der Kollektivpublikation „Sovremennoe sektanstvo“ [Sektierertum der Gegenwart], 1961, und in dem Werk von A. I. Klibanov: „Konkrete Forschung über zeitgenössische religiöse Glaubenshaltungen“, 1967. Doch übernimmt er auch wertvolle Hinweise der Dissertation des Archimandriten Ioan Snytchev über kirchliche Schismen in der russischen Kirche, 1965 in der Akademie Zagorsk vorgelegt.

Indem F. den Variationen des Staat-Kirche-Verhältnisses während der 53 Jahre 1917–1970 nachgeht, welche die Geschichte der Kirche in der Sowjetunion periodisieren, aber auch einzelne Regionen oder faßbare Gruppen der „Untergrundkirche“ (podpolnaja cerkov) untersucht, gewinnt er neun Kapitel für sein Buch. Er muß, um die jeweiligen Motive des Untertauchens der orthodoxen Gläubigen darzutun, die Vorgänge, die zwischen Patriarchat und Sowjetbehörde spielten, skizzieren. Das wird am ausführlichsten angesichts der politischen Solidaritätserklärung durchgeführt, welche Patriarchatsverweser Sergij im Juni 1927, damals noch im Gefängnis, abgab. Von diesem Datum her rühren Distanzierungen ganzer Gruppen des Episkopats vom Patriarchat: die Grigorievcy, die 5 v. H. der orthodoxen Gemeinden bei sich gruppierten und sich 20 Jahre lang hielten, die Anhänger des Leningrader Metropoliten Josif und die Bujevcy. Man legitimierte die Loslösung vom Moskauer Patriarchat damit, daß man sich auf den Metropoliten Petr berief, in dem man den eigentlichen Rechtsnachfolger des Patriarchen Tichon sah, der aber im Exil seine Funktion nicht wahrnehmen konnte. Daß Sergijs Rundbrief vom Juni 1926 noch von einem unaufhebbaren Widerspruch zwischen dem orthodoxen Volk und den Kommunisten gesprochen und mit dieser Formel einen kirchenweiten Konsensus hergestellt hatte, wurde als Ersatz für die Einberufung einer Synode gewertet und die ein Jahr darauf vollzogene Wendung als ein Abfall Sergijs von seiner eigenen Linie konstatiert. Man sah sich vor die Alternative gestellt: illegale kirchliche Existenz oder Bündnis mit einem gottlosen Staat. Die 5 000 Exemplare, mit welchen die Solidaritätserklärung Sergijs den Gemeinden bekanntgegeben wurde, wurden meist unter „Annahme verweigert“ dem Patriarchat zurückgesandt. Vikarbischof Ilarion von Smolensk negierte sogar die Validität der sakramentalen Handlungen der Sergij-Priester.

Für die Zeit, in der die Sowjetunion die völlige Zerstörung der Institution Kirche erfuhr, gipfelnd in der „Ežovčina“¹ von 1937, weist F. Geheimklöster nach, sogar solche, die sich in der Form eines Kolchos organisierten, und Wanderpriester, meist solche, denen bei Entlassung aus dem Gefängnis die Aufnahme ihrer Gemeindegarbeit untersagt wurde und die nun illegal von Ort zu Ort zogen, um kleinen Gruppen mit der Liturgie zu dienen.

Im Ukraine-Kapitel vermißt man konkrete Details, in denen die Beweiskraft für die Behauptung, daß eine Kirche im Untergrund bestanden habe, liegt. Hier hätte der Vf. darauf hinweisen können, daß beim Einmarsch der deutschen Truppen in Vinnica 1941 drei Wandermönche erschossen auf der Straße aufgefunden wurden, daß in Kiev der ehemalige Rektor der Priesterseminars Tiflis, Fürst Abašidse, der seinerzeit den Theologiestudenten Stalin vom Seminar gewiesen hatte, noch immer lebte und daß die Gläubigen diesen Charismatiker am liebsten zum neuen Patriarchen ausgerufen hätten. Schließlich hätte man darauf hinweisen können, daß Leontij Filipovič zwischen Kiev und Žitomir zur

1) Zeit der Verhaftungen unter dem Innenminister N. I. Ežov.

Versorgung der Gläubigen hin- und hergependelt war und im Hinblick darauf in der deutschen Okkupationszeit zum Erzbischof von Žitomir erhoben wurde.

F.s Buch vertritt die These: die Kirche im Untergrund ist ein Dauerfaktor des Kirchenlebens der Sowjetunion bis in die Gegenwart. Die Altgläubigen, darin geübt, unter staatlichem Druck sich als Geheimorganisation einzurichten, boten ein Modell. Das Werk schließt mit einer Prophezeiung, die jedoch nicht eintrifft: wenn bei der Patriarchenwahl, die angesichts des hohen Alters des damals noch amtierenden Patriarchen Aleksij in absehbarer Zeit zu erwarten sei, eine ähnliche kanonische Fragwürdigkeit festzustellen sei wie bei den beiden vorhergehenden Patriarchenwahlen, werde ein Teil des Episkopats und mit ihm eine große Zahl von Gläubigen in die „podpolnaja cerkov“ abwandern.

Heidelberg

Friedrich Heyer

Kulturpolitik der Sowjetunion. Hrsg. von Oskar Anweiler und Karl-Heinz Ruffmann. (Kröners Taschenausgabe, Bd 429.) Alfred Kröner Verlag. Stuttgart 1973. XXIV, 400 S.

Dieses Buch kommt einem weiten Bedürfnis nach Information über einen gerade jetzt aktuell gewordenen Gegenstand entgegen. Es unterrichtet über alle wichtigen Aspekte der sowjetischen Kulturpolitik. Neben der Einleitung (Karl-Heinz Ruffmann) steht der grundlegende, umfangreiche Beitrag über die Erziehungs- und Bildungspolitik (Oskar Anweiler, S. 1–144). Ihm folgen fünf je 40–50 Seiten lange Beiträge, und zwar über Wissenschaftspolitik (Klaus Meyer), über Literaturpolitik (Peter Hübner), über Kunstpolitik (Hans-Jürgen Drenkenberg), über die Nationalitätenpolitik (Bernhard Dillger) und über die kulturelle Außenpolitik (Wolfgang Kasack). Alle Beiträge behandeln jeweils die historische Entwicklung seit 1917 und führen auf diese Weise in die Problematik der Gegenwart ein; der ausführliche Teil über die Bildungspolitik beschreibt darüber hinaus „Das Ziel für 1980“. Die Beiträge konnten sich entweder auf früher erschienene, verstreut vorliegende Darstellungen stützen (wie die über die sowjetische Literatur- und Nationalitätenpolitik), oder sie mußten Neuland betreten (wie der Beitrag über Kunstpolitik und derjenige über die Wissenschaftspolitik vom Rezensenten). Im abschließenden Beitrag hat W. Kasack wichtige Mitteilungen und Daten aus eigenem Erleben beige-steuert.

Die Anlage der einzelnen Beiträge, die sorgfältig gearbeiteten Bibliographien und das Register verraten die planende Hand der Herausgeber. Dennoch ist kein trockenes Handbuch entstanden, sondern ein lebendig, bisweilen spannend geschriebener Sammelband, der im ganzen ein erstaunlich kompaktes Faktenmaterial enthält, wie es in dieser Art zusammenhängend noch nicht dargeboten wurde. — Für die Leser der „Zeitschrift für Ostforschung“ sei noch besonders angeführt, daß in dem Beitrag über die Nationalitätenpolitik (S. 304, 326, 327–331) auch die Rolle der baltischen Unionsrepubliken repräsentativ behandelt wird.

Berlin

Klaus Meyer

Patricia Kennedy Grimsted: Archives and Manuscript Depositories in the USSR. Moscow and Leningrad. Princeton University Press. Princeton, N. J., 1972. 436 S.

Wie der Titel andeutet, ist hier der erste Band eines groß angelegten Archivführers durch die Sowjetunion vorgelegt, wie er auch im Lande selbst nicht existiert. Der zweite, für die „Zeitschrift für Ostforschung“ wichtigere Teil wird